

paperpress

.....Newsletter.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch. Chefredakteur: Chris Landmann (verantwortlich für den Inhalt), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters und der monatlichen Druckausgabe: E-Mail: post@paperpress.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newslettertexte auch auf www.paperpress.org. Die Druckausgabe erscheint monatlich. Preis für die Zustellung: 20 Euro jährlich.

Nr. 490 M 17. Februar 2013 38. Jahrgang

Bezirksamt „verarscht“ weiterhin Bezirksverordnete, Kleingärtner und Anwohner

Front gegen Logistikzentrum
Haus- und Immobilienbesitzer unterstützen Kleingärtner

Berliner Woche

Bahn-Landwirtschaft
Bezirk Berlin e.V.

Unterbezirk Marienfelde

Andreas Schwager kämpft seit Jahren für den Erhalt der Kleingartenkolonie an der Säntisstraße und freut sich über die Verstärkung durch die Haus- und Grundbesitzer: mit...

Die Lokalpresse in Tempelhof-Schöneberg berichtet seit Beginn des Kampfes der Pächter der Kleingartenkolonie Säntisstraße in Marienfelde 2010 über deren Kampf zum Erhalt ihrer Grünfläche. In der letzten Woche hat der Vorgang um den Verkauf der Kolonie und das geplante Logistikzentrum eine neue Dimension, nicht nur in der Berichterstattung, erreicht. Inzwischen haben nämlich die Kleingärtner auch die Anwohner an ihrer Seite, die durch den mächtigen „Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümerversammlung Berlin-Lichtenrade e.V.“ mit über 3.000 Mitgliedern vertreten werden. Am 14. Februar versammelten sich rund 200 Anwohner und Interessierte im Saal der nahe gelegenen Kirchengemeinde Mariendorf Süd. Mit dabei war unter anderem der CDU-Bezirksverordnete **Peter Rimmler**, der zwei Anträge die Kolonie betreffend in die BVV-Sitzung am kommenden Mittwoch einbringen wird.

Berliner Abendblatt

Ehrung junger Redakteure

ihne für Geld
zum Wulltarif

Der Kampf um die grüne Oase

SÄNTISSTRASSE Kleingärtner kämpfen um ihre Parzellen – Anwohner geben nun Rückmeldung

Kampf geht weiter Ob der SVV-Bauplan die Kleingartenkolonie Säntisstraße in Marienfelde zerstört, ist bis heute unklar. Die Entscheidung über den Verkauf der Kolonie wird im März 2013 gefällt. Die Anwohner fordern den Erhalt der Grünfläche und die Umsetzung des ursprünglichen Bebauungsplans. Die Kleingärtner kämpfen um den Erhalt ihrer Parzellen. Die Entscheidung über den Verkauf der Kolonie wird im März 2013 gefällt. Die Anwohner fordern den Erhalt der Grünfläche und die Umsetzung des ursprünglichen Bebauungsplans. Die Kleingärtner kämpfen um den Erhalt ihrer Parzellen.

Rimmler ist ein ruhiger und umgänglicher Zeitgenosse, der nicht dazu neigt, Kraftausdrücke zu verwenden. Bei der Veranstaltung platze ihm jedoch der Kragen, als er erfuhr, was sich das Bezirksamt unter Einsatz für die Kolonie vorstellt. „Sie verarschen doch die Leute!“, sagte er empört. Beschlossen wurde im Februar 2010, und zwar von allen Fraktionen, dass sich das Bezirksamt für den Erhalt der Kolonie einsetzen soll. Vor allem sollte das Bezirksamt gegenüber der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung diesen Willen ausdrücklich bekunden. Stattdessen werden eher unverbindliche Anfragen bezüglich des Flächennutzungsplans gestellt. Bis heute ist offiziell der Senatsverwaltung der ausdrückliche Wunsch des Bezirks zum Erhalt der Kolonie nicht bekannt. Der damalige Baustadtrat **Bernd Krömer** (CDU),

der sich heute nicht mehr an den Vorgang erinnern kann, hat diesen einfach liegen gelassen. Seine seit November 2011 amtierende Nachfolgerin **Dr. Sibyll Klotz** (Grüne) ist auch in dieser Hinsicht nicht tätig geworden. In einer Antwort auf eine Anfrage **Peter Rimmlers** teilt Frau Dr. Klotz mit: „Das Bezirksamt hat es jedoch bedauerlicherweise versäumt, die Drucksache 1326/XVIII (vom 17.2.2010, die Redaktion), mit der die BVV den Willen bekundet hat, die Kleingartenanlage zu erhalten, der Senatsverwaltung zu übersenden. Dies ist mittlerweile nachgeholt worden.“ Wirklich?

In einem Schreiben vom 17.12.2012 teilt der Fachbereich Stadtplanung des Bezirks der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit: „...im politischen Raum besteht der Wunsch, die Kleingartenkolonie der Eisenbahnlandwirtschaft in der Sätisstraße zu erhalten.“ Aus dem Schreiben geht nicht hervor, ob der Beschluss der BVV aus dem Februar 2010 als Anlage beigefügt wurde. Und was heißt hier eigentlich „politischer Raum“? Ist damit der BVV-Saal gemeint? „Politischer Raum“ klingt sehr unkonkret. Warum schreibt man nicht, dass es der Wille der Bezirksverordnetenversammlung ist, die Kolonie zu erhalten? Rimmler hat Recht, das Bezirksamt verarscht die Bezirksverordneten, die Kleingärtner und die Anwohner.

Bisher war es so, dass man ein gewisses Verständnis für Frau Dr. Klotz aufbringen konnte, weil sie den ganzen Vorgang von ihrem erinnerungsschwachen Vorgänger geerbt hat. Inzwischen hat sie allerdings sehr deutlich unter Beweis gestellt, dass sie nicht in der Lage ist, mit dem Vorgang umzugehen. Ständig betont und bedauert Frau Dr. Klotz, dass sie in dieser Angelegenheit nichts machen könne. „Wenn ich die Möglichkeit hätte“, sagte sie dem Berliner Abendblatt, „würde ich sehr gerne die Kleingärten dort erhalten...Wir müssen sehr sorgsam mit unseren Grünflächen umgehen und Gewerbeflächen haben wir genug.“ Von Politikern erwarten die Menschen, dass sie einem nicht sagen, wie es nicht geht, sondern wie man etwas erreichen kann. Niemand kann mit Gewissheit sagen, ob sich alles anders entwickelt hätte, wenn das Bezirksamt frühzeitig initiativ geworden wäre und zwar zum Wohle der Bürger und nicht eines Investors, dessen Plan darin besteht, nachhaltig Grünflächen zu vernichten und Lkw-Verkehr in ein Wohngebiet mit tausenden von An- und Abfahrten zum Logistikzentrum zu lenken.

Völlig unverständlich ist es, dass sich ausgerechnet die Grünen aus der ganze Sache heraushalten. Auf der Versammlung am 14. Februar wurde kein grüner Bezirksverordneter gesichtet. Denkt man an den Aufstand, den die Grünen beim Lassenpark in Schöneberg veranstaltet haben, als es um ein paar Sträucher und einen neuen Weg ging, dann fragt man sich schon, wo die Prioritäten bei den Grünen liegen. Es kann ja nicht sein, dass man nur aktiv wird, wenn ein Stadtrat einer anderen Partei zuständig ist. Bei Vorgängen, die ein Parteimitglied zu verantworten hat, fühlt man sich offenbar nicht zuständig.

Auch die SPD-Fraktion hat bislang in dieser Frage keine große Rolle gespielt, sieht man einmal von den Ereignissen 2010 in der BVV ab. Damals ging es gegen Krömer, mit dessen Partei, der CDU, sich die SPD in einer Zählgemeinschaft befand. Das störte die Genossen nicht. Heute, wo eine Zählgemeinschaft mit den Grünen besteht, darf wohl die zuständige Dezernentin nicht kritisiert werden. Das ist Politik, die die Bürger begeistert. Zur Ehrenrettung der SPD darf nicht unerwähnt bleiben, dass der junge Bezirksverordnete **Jan Rauchfuß** an der Veranstaltung am 14. Februar teilnahm. Unter großem Beifall hat er in seinem Statement klargestellt, „dass das geplante Logistik-Zentrum und die damit folgenden innerstädtischen LKW-Verkehre das Gegenteil unserer (der SPD) Politik sind. Nun liegt es am Bezirksamt, die seit drei Jahren ausgesessenen BVV-Beschlüsse ernst zu nehmen, die offenen Baugenehmigungs-Verfahren transparent zu machen, endlich die in den Bauvorbescheiden verlangten Lärm-Gutachten einzufordern und letztlich auch den politischen Willen zu bezeugen, dass ein Logistik-Zentrum in Mariendorf/Marienfelde sicher nicht der richtige Weg ist“, ist bei Facebook zu lesen. **Jan Rauchfuß** hat in seinem Beitrag

auch eine Antwort des Bezirksamtes zu dem ebenfalls seit 2010 unbearbeitet liegenden Antrag zu B 96 und B 101 „Perspektiven für die Tempelhofer Nord-Süd-Achsen“ gefordert. „Schön zu sehen, dass manche die Dinge auch im Zusammenhang betrachten“, heißt es weiter.

SPD und Grüne sollten endlich ihre Vogel-Strauß-Politik sein lassen und sich darauf besinnen, was sie gemeinsam mit der CDU im Februar 2010 beschlossen haben.

Der Vorgang um die Kleingartenkolonie ist längst nicht abgeschlossen. Wenn die Kleingärtner nach dem Prinzip Klotz gehandelt hätten – „wir können so und so nichts machen!“ – dann wären sie schon 2011 nicht mehr auf dem Gelände gewesen. Durch den Widerstand werden sie auch 2013 noch den Sommer an der Sântisstraße verbringen können.

Wie erwähnt, Frau Dr. Klotz kann man die Anfangsversäumnisse aus 2010 und 2011 nicht anlasten. Ihr Verhalten jetzt ist jedoch zu kritisieren. Sie schickt den Anwohnern der Sântisstraße eine dreiseitige Mitteilung, in der kaum etwas Neues steht. Das geplante Logistikzentrum wird in Klotz' Schreiben mit keinem Wort erwähnt. Dem direkten Kontakt mit den Bürgern weicht sie jedoch aus. Es wäre eine selbstverständliche Pflicht gewesen, am 14. Februar dabei zu sein. Stattdessen schickte sie ihre Persönliche Referentin und einen Mitarbeiter aus der Verwaltung, den sie kürzlich erst degradierte, vom Fachbereichs- zum Gruppenleiter. Was ist das für ein Umgang mit dem Personal? Ihre Referentin hatte den Auftrag mitzuteilen, dass sich Frau Dr. Klotz für den Erhalt der Kolonie einsetzen werde. Dieses Statement ging im Gelächter und Buhrufen der Anwesenden unter. Ausgerechnet eine Grüne Politikerin, deren Partei sich so sehr für das Gespräch mit den Bürgern einsetzt, lässt sich durch eine Verwaltungsmitarbeiterin vertreten. Und so betonten die beiden Abgesandten auch mehrfach, dass sie nicht das Bezirksamt, sondern nur Mitarbeiter seien.

Der Vorsitzende des „Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümergeverein Berlin-Lichtenrade e.V.“, **Frank Behrend**, betonte in seinem Schlusssatz bei der Veranstaltung am 14. Februar, dass sein Verein alles unternehmen werde, um das Logistikzentrum zu verhindern. Es ist höchste Zeit, dass sie neben den Bezirksverordneten der CDU auch die der Grünen und von der SPD mehr als nur einer dem Kampf um den Erhalt der Kolonie anschließen.

Red.